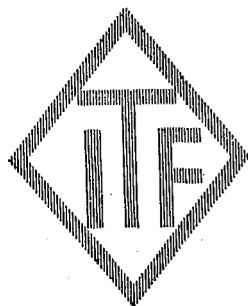


FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 25
4. Jahrgang

Amsterdam, den 12. Dezember 1936.

Erfreuliche Klage.
=====

(ITF) Die deutsche Schwerindustrie hatte sich durch langfristige Verträge den Bezug der hochwertigen

schwedischen Eisenerze gesichert. Unter der nationalsozialistischen Diktatur wurde dieses Schwedenerz zum Rückhalt der überhasteten Aufrüstung. Jetzt stehen die schwedischen Erze dem Dritten Reich jedoch nicht mehr zur Verfügung.

Erbost protestierte die unter dem Patronat des Schwerindustriellen Thyssen in Düsseldorf erscheinende "Braune Wirtschaftspost": "Wir können nur mit grösstem Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass die Erzproduktion Schwedens auf lange Zeit hinaus zum grössten Teil an andere Länder ausverkauft ist" (Nr. 22 vom 28. November 1936). Das Blatt bedauert, dass das Dritte Reich daher jetzt notgedrungen zur Verhüttung wesentlich geringwertigerer deutscher Erze übergehen muss. Denn die Verhüttung dieser deutschen Erze ist wesentlich kostspieliger, sie verteuert also die deutsche Aufrüstung und verlangsamt damit erfreulicherweise das Anlauftempo der nationalsozialistischen Kriegsmaschine.

"Wird mit dem Tode bestraft..."
=====

(ITF) "99%" des deutschen Volkes stehen "begeistert" hinter Hitler, erklärt die nationalsozialistische

Propaganda und in vielen Ländern drucken einfältige oder verlogene Zeitungen das nach.

Aber auf der Tagung der Zwangsorganisation der Bauern musste Generaloberst Göring (in Goslar am 29. November) drohen, dass Bauern, die das ihnen vorgeschriebene Quantum Getreide nicht anordnungsgemäss abliefern, rücksichtslos "vernichtet werden" (Frankfurter Zeitung, 1. Dezember); am 1. Dezember musste Hitler ein Gesetz unterzeichnen, das allen deutschen Staatsbürgern -- mit Ausnahme der Nazibonzen --, die eventuelle Guthaben im Ausland nicht zur Devisen-Kriegsreserve des Dritten Reiches anmelden, Todesstrafe androht; in den letzten Wochen wurden in den deutschen Grossstädten und Industriezentren wiederum Tausende Arbeiter verhaftet; die Gefängnisse und Konzentrationslager sind überfüllt, wie 1933

Eine Diktatur, die sich nur mit Todesdrohungen und Konzentrationslagern durchsetzen kann, weiss, dass die geknechteten Massen ihr in stummem Hass gegenüberstehen.

N o c h blufft Hitler nur.
 =====

(ITF) In auffälliger Übereinstimmung versichern plötzlich Hitler, sein Stellvertreter Hess und Göring, dass

Deutschland militärisch nie stärker gewesen sei als gerade jetzt. Sie wollen das deutsche Volk in eine falsche Sicherheit wiegen und sie hoffen, mit Säbel vom Ausland Konzessionen erpressen zu können, vor allem freie Hand in Danzig.

Es wäre schwer verständlich, wenn die Welt sich von Berlin bluffen liesse. Zweifellos sind die Herren des Dritten Reiches so kriegslüstern wie je, aber n o c h ist das Dritte Reich nicht kriegsbereit. Es kann zwar heute schon blutige Vorstösse wagen, aber es ist nicht in der Lage, auch nur einen kürzeren Feldzug gegen eine entschlossene Koalition durchzuführen. Es hat beachtliche Kriegsvorräte gestapelt und erhebliche geheime Golddepots angesammelt, aber es kann diese Rüstungsreserven nur mit äusserster Mühe zusammenhalten. Es lässt das Volk darben, es ruiniert durch Ersatzstoff-Wirtschaft die zivile Industrie und den Verkehrsapparat, um diese Kriegsreserven zu sichern. Doch der Widerstand gegen diese Verzweiflungsmassnahmen ist bedrohlich gewachsen. Ein Staat, dessen Bauern mit dem Tode bedroht werden müssen, damit sie ihr Getreide rechtzeitig dem Staat abliefern, dessen Grossbesitz, dessen Mittelschichten nur mit Androhung der Todesstrafe zur Angabe verheimlichter Devisenguthaben veranlasst werden können, dessen herrschende Clique in blinder Wut vor neuentstehenden gewerkschaftlichen Organisationen Tausende gerade in den Rüstungsbetrieben unentbehrlicher Facharbeiter aus den Betrieben heraus verhaften lässt -- ein solcher Staat ist nicht kriegsbereit. Sobald die Koalition der am Frieden interessierten Mächte entschlossen auftritt, muss das Dritte Reich kleinlaut nachgeben. Es ist nicht kriegsbereit, sein Säbelrasseln ist nichts als Bluff.

Menschenhandel.
 =====

(ITF) Zu den ekelhaftesten Erscheinungen der absoluten Monarchie ge-

hört der Menschenhandel deutscher Fürsten, die "ihre" Landeskinder gegen klingendes Gold fremden Staaten als Soldaten verkauften. Diese Zeiten sind wiedergekehrt. Mussolini schickt den spanischen Meuterern Soldaten gegen die Zusicherung spanischen Gebiets. Das Dritte Reich bezahlt dem Meuterer Franco Rohstofflieferungen mit ganzen Regimentern, die gegen ihren Willen nach Spanien deportiert wurden.

"Die schwarze Schmach".
 =====

-"Man erinnere sich der moralischen Entrüstung, die in deutschen Landen herrschte, als die Franzosen

Schwarze in das besetzte Rheingebiet brachten! Heute noch wird Schlageter als das Symbol des "Heldenkampfes" gegen die "schwarze Schmach am Rhein" gefeiert. Und nun sind die gleichen Schwarzen, die in Spanien sengen und morden... zu Kulturbringern avanciert und jedes Hektoliter Blut, das sie den spanischen Europäern abzapfen, erhöht ihr Ansehen in den Augen der Kulturbestien unserer Tage, mit jeder Leiche, die sie den "Antibolschewiken", den Hütern der nationalen Kulturen zu Füssen legen, steigt deren Respekt gegenüber den schwarzen Helden des völkischen und katholischen "Fortschritts". " (Sozialdemokrat, Prag, 22. November 1936.)

Bahnschutz-Manöver an der
 =====

(ITF) Im Reichsbahndirektionsbezirk Frankfurt an der Oder begannen (am 23. November) Manöver der Bahnschutzformationen aus Ost- und Südost-

deutschland. Die Dauer dieser Manöver wurde auf 5 Wochen festgesetzt, bei den üblichen Manövern beschränkte man sich bisher auf 2 - 3 Wochen. Die zu den Übungen kommandierten Eisenbahner wurden zu Stillschweigen verpflichtet, da das deutsche Kriegsministerium befürchtet, dass ein Bekanntwerden dieser Manöver in Polen einen schlechten Eindruck machen wird.

Der Dienst der zu diesen Übungen kommandierten Eisenbahner muss von ihren Kollegen mit versehen werden.

(Für die Redaktionen: Über den Bahnschutz der Deutschen Reichsbahn wurde am 3. Oktober 1936 in der Beilage: "Die Transportarbeiter unter dem Faschismus" berichtet.)

Weihnachtsbotschaft aus Wien.
 =====

(ITF) Auf dem Zentralfriedhof in Wien wurde auf Befehl der christlichen Diktatur auf dem Kriegsgefallenen-Denkmal die Inschrift "Nie wieder Krieg!" entfernt.

Die Scheinwahlen in Österreich.

Demonstrationen gegen die Diktatur.

bis jetzt vorliegenden Betriebsberichte zeigen, dass die Arbeiter und Angestellten wo immer möglich gegen die "christliche" Sozialreaktion demonstrierten. Es kann leider nur ein Teil der vorliegenden Berichte veröffentlicht werden, da sonst tapfere Kollegen, die als Freigewerkschafter kandidierten, der "christlichen" Prügelpolizei preisgegeben würden. Aber bereits diese Abstimmungsergebnisse besagen genug. Die Arbeiter und Angestellten haben von der wirksamsten möglichen Demonstrationsgelegenheit Gebrauch gemacht, die Repräsentanten des Systems fielen durch.

In der Wiener Automobilfabrik Saurer wurde der bisherige Kassierer des (ernannten) Betriebsrats nicht gewählt, da er sich nach Ansicht der freigewerkschaftlich gesinnten Arbeiter nicht einwandfrei benommen hatte. Der ehemalige Betriebsobmann der "Ostmärkischen Sturmsharen" -- der privaten Wehrformation des Kanzlers Schuschnigg -- erhielt von 295 Wahlberechtigten nur 21 Stimmen. Im Metallbetrieb Kremenetzky erhielt der Leiter der "Vaterländischen Front" nur 55 von 671 Stimmen.

Bei Felten und Guilleaume in Bruck a. d. Mur (Metallbetrieb) sind die kandidierenden Heimwehrlere und Überläufer -- das sind "bekehrte" Freigewerkschafter -- durchgefallen. Bei den Puchwerken in Graz (Metallbetrieb) erhielt der bisherige Obmann -- ein besonders anpassungsfähiger Überläufer -- von 1256 Wahlberechtigten nur 679 Stimmen. Im Aluminiumwerk Lend (in Salzburg) wurden nur freigewerkschaftlich eingestellte Arbeiter gewählt, alle andern Kandidaten wurden gestrichen. Im Elektrizitätswerk Salzburg wurden nur Funktionäre der unterdrückten freien Gewerkschaft gewählt. Die Diktatur ist über diese Ergebnisse bestürzt, sie will im Bundesland Salzburg überhaupt nicht mehr abstimmen lassen und nach dem 1. Januar "Vertrauensleute" ernennen.

Auch in den Handelsbetrieben haben einige Abstimmungen stattgefunden. Über das Ergebnis im grossen Warenhaus Gerngross wurde schon berichtet. Im Stafa, dem grossen Warenhaus der Wiener Konsumgenossenschaft, und bei der GÖC (Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine) wurden nur frühere Freigewerkschafter gewählt. Die Handelsarbeiter der Firmen Herzmansky und Silesia weigerten sich, das Wahltheater mitzumachen. Bei Meuil blieben von 600 Arbeitern etwa 300 demonstrativ der Abstimmung fern.

Die Autobusschaffner der Strassenbahn in Linz wählten einstimmig einen früheren Freigewerkschafter.

Von besonderem Interesse ist das Abschneiden der Nazis. In der Simmeringer Waggonfabrik erhielt der ernannte Obmann, dem Nazi-Sympathien vorgeworfen werden, nur 371 Stimmen, während die früheren Freigewerkschafter bis zu 517 Stimmen erhielten. Bei den Bankangestellten der Länderbank (die ihren Sitz in Paris hat) konnten die Nazis mit Hilfe der jüdischen Direktion einen Erfolg erzielen. Die Aufstellung freigewerkschaftlicher Kandidaten wurde verhindert. 120 von den 400 Angestellten gaben leere Stimmen ab. Die andern Bankangestellten stimmten für Nazi-Kandidaten, um nicht die Kandidaten der verhassten Regierung wählen zu müssen.

Wie ein faschistischer Arbeiterführer" Arbeiter behandelt.

(ITF) Als (im Frühjahr 1936) nicht mehr verheimlicht werden konnte, dass der von der "christlichen" Diktatur zum Obmann der österreichischen

faschistischen Lebensmittelarbeiterorganisationen ernannte Herr Lichtenegger von der Versicherungsgesellschaft Phönix und der Direktion der grössten Wiener Brotfabrik hohe Bestechungsgelder genommen hatte, wurde er abgesetzt. Man machte dem Ehrenwerten keinen Prozess, denn er hätte über andere noch amtierende Bestochene plaudern können, sondern man zahlte ihm ein hohes Schweigegeld. Der "christliche Arbeiterführer" kaufte sich das "Hotel Post" in Reifnitz am Wörther See. Und jetzt berichtet die in Wien legal erscheinende Schuschniggtreue "Österreichische Arbeiterzeitung" (am 5. Dezember, Nr. 49) "ein Ex-Nationalrat (Abgeordneter des faschistischen Scheinparlaments, Red.), Ex-Regierungskommissar der Gastwirte-Gehilfenkrankenkasse und Ex-Obmann der Lebensmittelarbeiter-Gewerkschaft, Gruppe Industrie, Arbeiter behandelt..." "Interessant ist es, festzustellen, dass (Lichtenegger) Nationalrat und ehemals Sekretär bei der Unabhängigen Gewerkschaft war, wo (!) er sich scheinbar Methoden angeeignet hat, die er jetzt zu verwerten Gelegenheit zu haben glaubt. Nicht nur, dass die Löhne in diesem Musterbetrieb skandalös sind und die versprochenen Prozente

Prozente von der Zimmerlosung entweder gar nicht oder erst nach einem Ringkampf ausbezahlt werden, zwingt er die Lohndiener auch zur Gästewerbung auf der Strasse, was verboten ist, und wenn der Lohndiener wegen dieser verbotenen Werbung bestraft wird und deshalb ersucht, man möge wenigstens vom Haus die Strafe bezahlen, wird ihm kalt der Rücken gezeigt. Wenn aber dieser Herr Chef in Dulliöh-Stimmung von einem Arbeiter, dessen regelmässige Arbeitszeit 17 (!) Stunden beträgt, noch Arbeiten verlangt und, um seinem Auftrag einen besseren Nachdruck zu geben, die Worte "Du faules Schwein, Du Drecksau" gebraucht, so ist das schliesslich nicht verwunderlich, denn in dem Milieu, in dem er sich bewegt, dürften diese Ausdrücke gang und gäbe sein. Mit den Schimpfworten allein aber kommt dieser feine Herr nicht aus und so ist er jederzeit bereit, seinen Schimpforgien noch dadurch Nachdruck zu verleihen, dass er die Arbeitnehmer ohrfeigt, ihnen Hemden und Kleider zerreisst.

Ein ganz besonderes Kapitel in diesem Musterbetrieb dürften aber auch die Anmeldungen der Arbeitnehmer zur Krankenkasse sein, denn auch da wird behauptet, dass sie regelmässig zu spät erfolgen. So ein Versehen ist fast undenkbar, wenn man weiss, dass Herr L i c h t e n e g g e r (von der christlichen Diktatur ernannter! Red.) Regierungskommissar einer Krankenkasse war. Mit Recht kann man die Krankenkasse, in der ein derartiger Regierungskommissar gewirkt hat, bedauern." --

Und noch mehr die österreichischen Arbeiter, denen die "christliche Diktatur" derartige "Arbeiterführer" aufzwingt und auf den Internationalen Arbeitskonferenzen als Vertreter der österreichischen Arbeiter präsentiert.

(Für die Redaktionen: Über Lichteneggers Person wurde am 27.VI.1936, S. 124 berichtet.

"Schutz der Frau und Mutter". (ITF) Die österreichische "christliche Diktatur" lobt sich bei jeder Gelegenheit wegen ihrer Schutzmassnahmen für die Frau und Mutter. Der soeben veröffentlichte Bericht der Gewerbeinspektoren schildert, wie dieser "Schutz der Frau und Mutter" im "christlichen" Österreich aussieht. Auf dem Papier besteht in Österreich noch das von den Gewerkschaften erkämpfte gesetzliche Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Seitdem die Gewerkschaften zerstört sind und noch eine staatliche Schein-"Gewerkschaft" existiert, kümmern sich die Unternehmer nicht mehr um dieses Gesetz, genau so wenig wie um die andern Arbeiterschutzgesetze. In der Vorarlberger Textilindustrie wurden von den Gewerbeinspektionen bei Stichproben allein 102 Arbeiterinnen bei gesetzwidriger Nachtarbeit angetroffen, in einer grossen Wiener Metallwarenfabrik 100 Frauen bei Schichtarbeit bis 23, ja sogar bis 24 Uhr. In einer anderen Metallwarenfabrik trafen die Gewerbeinspektoren 105 Frauen bei Nachtschicht an. In den Glasfabriken Steiermarks wurden jugendliche Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren bei Nachtschicht zum Abtragen von Glas verwendet.

Seit Jahrzehnten besteht in Österreich ein Verbot, Arbeiterinnen bei den für Frauen so besonders schädlichen Bleiarbeiten zu beschäftigen. Seit der Zerschlagung der Gewerkschaften besteht es nur noch auf dem Papier. 15 Frauen, die in Metallbetrieben Blechgegenstände mit Weichlot (50% Blei) zu löten hatten, wurden vom Gewerbearzt untersucht, bei 4 zeigten sich nach dem Bericht der Gewerbeinspektoren Symptome von Bleivergiftung. In einer Schuhfabrik erkrankten, wie der Gewerbearzt berichtet, Arbeiterinnen schon nach 14tägiger Arbeit an Kolikschmerzen, Mattigkeit und Verstopfung. Der weisse Puder, den sie zum Ausbessern von Schuhen verwenden mussten, enthielt bleihaltiges Kremserweiss. Mit der Vernichtung der freien Gewerkschaften wurden auch die Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen zerstört.

Frauenelend

=====

in der deutschen Industrie.

=====

(ITF) Unter welchen Bedingungen die deutschen Arbeiterinnen heute arbeiten müssen, lässt sich selbst aus den schönfärbenden Zeitschriften der Deutschen Arbeitsfront ersehen. Die Arbeiterinnenschutzgesetze, die die freien Gewerkschaften erkämpft hatten, stehen nur noch auf dem Papier. In der Fischkonservenindustrie "trat leider durch die unvorhergesehene Anhäufung der Fischwaren ein Zustand ein, in welchem im Hinblick auf die Versorgungslage des Volkes tariflich festgesetzte Bestimmungen nicht mehr eingehalten werden konnten. Die achtstündige Arbeitszeit musste fast ausnahmslos in den fischverarbeitenden Betrieben überschritten werden und" -- statt Erwerbslose einzustellen! Red.-- "fast durchweg die Sonntagsarbeit zur Aushilfe herangezogen werden. Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden waren keine Seltenheit.... Der Gesundheitszustand der Beschäftigten..., die sich zu 90% aus weiblichen

Hilfskräften zusammensetzen,.... bedeutete eine Gefahr für sie selbst und auch für den Nachwuchs. Wenn die weiblichen Gefolgschaftsmitglieder 16 Stunden und darüber (!) in feuchten und kalten Räumen ohne genügend Schutzkleidung zum Teil schwerste Arbeit verrichten mussten, so mag man daraus erkennen, wie leichtfertig mit der Gesundheit der deutschen Frau gewirtschaftet wurde...." Das soll so bleiben, denn "bei eintretender Verknappung von fleischlichen Rohstoffen muss die Fischindustrie jederzeit in der Lage sein, ihr Teil zur Sicherung der Volksernährung beizutragen" (Monatshefte für NS Sozialpolitik, herausgegeben vom Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront, November 1936).

In der deutschen keramischen Industrie werden Arbeiterinnen heute zu schwersten Arbeiten herangezogen. Die freie Gewerkschaft hatte durchgesetzt, dass in den Brennhäusern überhaupt keine Frauen beschäftigt wurden und auch nicht zum Füllen grösserer Kapseln herangezogen werden durften. Unter dem Schutz der Nationalsozialisten machen die Unternehmer was sie wollen. Selbst der Arbeitsminister hat zugeben müssen, "dass in den Betrieben der grob- und feinkeramischen Industrie Arbeiterinnen in den Brennhäusern mit ungeeigneten schweren Arbeiten beschäftigt werden, insbesondere zu dem Eintragen bis zu 25 und 30 Kilo schwerer gefüllter Kapseln in die Brennöfen und auch zu dem Austragen der gebrannten Ware aus den Brennöfen". Trotzdem lehnte er das von den Gewerbeaufsichtsbeamten verlangte Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen in den Brennhäusern ab, denn ein derartiges Verbot sei "nicht durchführbar und auch nicht erforderlich". Ausdrücklich gestattete der Arbeitsminister, dass Arbeiterinnen zum Füllen von Kapseln herangezogen werden können. Es sei nur in den Betrieben "darauf hinzuwirken", dass "nach Möglichkeit" für diese Transportarbeiten Männer herangezogen würden. (Runderlass vom 22. Juni 1936, im Reichsarbeitsblatt vom 25. Juli 1936). Es blieb alles beim alten. Jetzt muss die Frauenreferentin der Arbeitsfrontsektion "Stein und Erde", in der neben den Steinarbeitern auch die Arbeiter der keramischen Industrie zwangsorganisiert sind, öffentlich Klage über die Zustände in der keramischen Industrie führen. Sie "weist in einer Veröffentlichung darauf hin, dass durch ständiges schweres Heben und Tragen von Brennkapseln, Formen, Planken usw. die Gefahr bestehe, dass die betreffenden Frauen sich Unterleibskrankheiten zuzögen. Es geht nicht an, dass Frauen in den Brennhäusern, wie es häufig vorgekommen ist, die schwersten Transportarbeiten verrichten müssen" ("Die Frau am Werk", Zeitschrift der Deutschen Arbeitsfront, September 1936). Aber die Industriellen halten einen Schutz der Arbeiterinnen für "nicht erforderlich" und der Arbeitsminister des Dritten Reiches ist stets der gleichen Meinung wie die Industriellen.

Braune Brockensammlung.

=====
 (ITF) Der Norddeutsche Lloyd hat die Stewards der Passagierschiffe angewiesen, in jedem Hafen unmittelbar nachdem die Passagiere das Schiff verlassen haben, die Kajüten gründlich zu durchsuchen und Papierfetzen, Bindfadenreste, gebrauchte Schreibfedern, leere Zahnpastatuben und ähnliche Kostbarkeiten sorgfältig zu sammeln. Schiffsoffiziere sollen diese Sammlungen überwachen und dafür sorgen, dass vor allem Kajüten, in denen ausländische Passagiere gewohnt hatten, sorgfältig ausgeräumt werden.

.....
 Im inneren Dienstverkehr der Deutschen Reichsbahn darf nur noch Papierbindfaden verwandt werden.

.....
 Die Arbeitskleidung der Arbeiter in den Ausbesserungswerkstätten der Deutschen Reichsbahn wird auf Anweisung der Hauptverwaltung nicht mehr nur wie bisher alle 14 Tage gewaschen, sondern jetzt vor dem Waschen ausgelaugt, um das auf die Schutzkleidung getropfte Fett zurückzugewinnen.

.....
 "Ist es nicht eine Lust (im Dritten Reich) zu leben?" fragt der Kalender der Deutschen Arbeitsfront für das Jahr 1937. Er gibt vorsichtig keine Antwort auf die verfängliche Frage.

Es fehlt an Fett --
 =====
 doch nicht für alle.
 =====

(ITF) Es wird manchmal Schweinefleisch fehlen! Dann isst man eben Fisch oder Gemüse... Es wird manchmal an Fettstoffen fehlen: Marmelade oder Quark schmeckt mindestens genau so gut und ist ausserdem gesünder" ("Arbeitertum", Halbmonatsblatt der Deutschen Arbeitsfront Nr. 17 vom 1. Dezember 1936).

Nicht alle müssen sich im Dritten Reich der "Volksgemeinschaft" mit Marmelade und fettlos gekochtem Gemüse begnügen: "Für Geld kann man in Deutschland noch alles erhalten", stellt der Berliner Korrespondent des "Nieuwe Rotterdamsche Courant" (im Abendblatt vom 1. Dezember) fest. Für "Volksgenossen", die Schleichhandelspreise bezahlen können, ist gesorgt.

Folgen der Unterernährung. (ITF) Noch heute leidet die deutsche Jugend unter den Nachwirkungen der Hungerjahre während des Krieges 1914-18. Der Gesundheitszustand der Arbeiterjugend ist erschreckend und selbst "die Körperhaltung der ländlichen Jugend ist bis zu 75% schlecht... Bis zu 50% ist bei Landjugend die Rückenbildung schlecht und die Wirbelsäule in irgend einer Form verkrümmt. Vom Zustand der Füße konnte festgestellt werden, dass 30% verbildete Füße haben" (Reichsbauernführer Darré in Goslar, nach Frankfurter Zeitung vom 1. Dez. 1936). Die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches hat ähnliche Zustände wie während des Krieges geschaffen. Die heranwachsende Generation ist gesundheitlich wieder aufs höchste gefährdet.

Die Arbeitsfront presst (ITF) Das Arbeitsgericht Helmstedt hat (in einer Entscheidung vom 8. August dieses Jahres) festgestellt, dass ein Arbeiter, "der sich hartnäckig weigere, in die Deutsche Arbeitsfront einzutreten", entlassen werden kann (Frankfurter Zeitung Nr. 554/55 vom 29. Oktober).

So entstehen Hitlers (ITF) "Für eine Teilstrecke der Reichsautobahn wurden (auf eine Ausschreibung der obersten Bauleitung Köln der Reichsautobahn) 22 Autobahnen. Kalkulationen eingereicht, die -- man mag es kaum glauben -- in der Preisspanne einen Unterschied von rund 738 000 RM aufweisen. Das niedrigste Angebot betrug 281 000 RM, das höchste 1,019 Millionen RM. Der Laie staunt und wundert sich...wie kommen denn die Arbeiter bloss zurecht? Keine Angst", erklärt die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, der wir diese Schilderung entnehmen, "die Firmen werden schon kein Geld von zu Hause mitbringen. Wenn die Firmen den Auftrag zugeteilt bekommen, versuchen sie es erst einmal mit Nachforderungen; ist das fehlgeschlagen, so muss es auf Kosten der Arbeitskameraden gehen. Man sucht erst einmal nach dem Motto: 'Ein guter Antreiber ist besser als 10 Arbeiter' nach möglichst stimmungswaltigen Aufpassern. Unfallvorschriften werden nicht beachtet. Tariflohn wird gedrückt. Soziale Einrichtungen fehlen vollkommen. Nur Tompo, Tompo -- Hetze und noch einmal Hetze" ("Angriff" Nr.143 vom 20.6.36.)

Wie sich diese Antreiberei auswirkt, schildert eine an der "Heilanstalt für Unfallverletzte" in Mannheim tätige Ärztin in der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift" (Nr. 45 vom 6. November): die "Schippekrankheit", die "neuerdings so häufigen Abrissbrüche der Wirbeldornen an der Hals-Brust-Grenze" nehmen erschreckend zu:

"Mit dem Beginn des Baues der Reichsautobahnstrecke Frankfurt-Mannheim häuften sich die Patienten, die mit vorgeneigtem Oberkörper und Kopf, mit hochgezogenen Schulterblättern zur Untersuchung kamen... Die meisten kamen direkt von der Arbeitsstelle auf der Reichsautobahn. Sehr eindrucksvoll schilderten sie den Hergang der Verletzung, sie hätten beim Schippen von Erde in Loren plötzlich einen Knacks zwischen den Schulterblättern verspürt und in demselben Augenblick solche Schmerzen an der Stelle bekommen, dass sie sofort mit der Arbeit aussetzen mussten... Die Tatsache, dass es sich bei etwa der Hälfte der Männer um solche handelt, die schon längere Zeit die gleiche schwere Arbeit verrichtet hatten, spricht dafür, dass es nicht die Arbeit an sich ist, die zur Fraktur (Bruch) der Dornfortsätze führt, sondern eine zeitlich und örtlich besonders übertriebene Beanspruchung der Schultergürtelmuskulatur...

"Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass es sich bei dieser Verletzung um einen regelrechten Übermüdungsbruch handelt, ... dass es sich immer um schwer arbeitende, meist als Akkordarbeiter auf Höchstleistungen ausgehende Männer handelt, die etwa acht bis zehn Stunden am Tag schippen und nur eine kurze Mittagspause machen. Bei der Schnelligkeit der Schaufelwürfe -- nach Matthes sind es 2 400 pro Tag, also fünf Würfe in einer Minute -- ist es unmöglich, dass die Muskulatur zwischendurch die nötige Ruhe- und Erholungszeit hat, um eine gleichmässige Dauerleistung hervorzubringen... In der Tat ist

die Schipperkrankheit erst in der letzten Zeit so häufig aufgetreten, seit das vermehrte Schippen im Akkordlohn mit Prämien-gewährung für besonders grosse Leistungen angefangen hat" -- und die jämmerlich entlohnten Arbeiter durch die Teuerung gezwungen jeden Verdienst mitzunehmen.

Zynisch schildert die Nazi-Ärztin wie die Opfer der braunen Antreiberei behandelt werden: Sie verlangt, "dass dem Kranken nicht mitgeteilt wird, dass bei ihm eine Knochenverletzung vorliegt". Den verletzten Arbeitern soll vorgelogen werden, es handle sich nur um eine "Verzerrung der Schulterblattnuskulatur... Die Krankheitsvoraussage soll besonders (!) günstig und zuversichtlich sein". Triumphierend berichtet die Nazi-Ärztin, dass die belogenen Arbeiter vorzeitig wieder die Arbeit aufnehmen: "bei uns betrug die durchschnittliche Krankfeierzeit 5 Wochen". Aber beschwert sie sich, "diejenigen Beschädigten, die über Art und Sitz der Verletzung (wahrheitsgemäss, Red.) unterrichtet worden wären, haben durchschnittlich erheblich länger krank gefeiert".

Lohndruck, Antreiberei, schwere Verletzungen der Arbeiter, Zwang zur vorzeitigen Arbeitsaufnahme -- s o entstehen Hitlers Autobahnen!

(Für die Redaktionen: Über die Schipperkrankheit vergleiche den ergänzenden Bericht im Faschismus vom 11. Januar 1936, Seite 8).

Spannung in der Pulverfabrik.

(ITF) Wir entnehmen einem vertraulichen Bericht der deutschen Geheimen Staatspolizei: Bei der Betriebsversammlung der Pulverfabrik.... haben am.... die Arbeiter nach dem Absingen der beiden Nationalhymnen den Hitlergruss unterlassen. Auf Vorstellung beim Betriebsführer erklärte dieser, die Stimmung unter den Pulverarbeitern sei so gespannt, dass ein Durchgreifen riskant wäre. Der deutsche Gruss gälte im Betriebe wohl, werde aber nicht gebraucht. Es bestünde die Gefahr, dass die Arbeiter Strafmassnahmen mit Vorringerung des Arbeitstempos beantworten würden, und gerade das könne im gegenwärtigen Augenblick nicht riskiert werden. Er bitte deshalb darum, von Massnahmen abzu-sehen.

"Grubensicherheit" im 3. Reich.

(ITF) "Auch heute werden (im deut-schen Bergbau) noch Verordnungen **getroffen und Anforderungen** gestellt, bei deren Befolgung oder **Ausführung der untergeordnete** Grubenbeamte gegen die Bergpolizei- oder **Unfallverhütungsvorschriften** verstossen m u s s Natürlich wird kein Mensch zugeben, dass er solche Anordnungen je getroffen hätte... Aber es ist schon so" erklärt der "Ruhrarbeiter", das amtliche Organ der Deutschen Arbeitsfront im grössten deutschen Bergbaubezirk (dritte Novemberausgabe, Nr. 46).

Die unbeliebten Nazikundgebungen.

(ITF) Die Zwangsorganisation der deutschen Buchdrucker, die "Reichsbetriebsgemeinschaft Druck der Deutschen Arbeitsfront", hielt (am 29. und 30. November) in Leipzig eine Reichstagung ihrer von der Diktatur ernannten Sekretare ab. Zum Besuch der Abschlussveranstaltung dieser Tagung in der Leipziger Messehalle, auf der der Leiter der Arbeitsfront Dr. Ley sprach, mussten die Buchdrucker von den Unternehmern gezwungen werden. Sonst hätte Dr. Ley vor leeren Stühlen sprechen müssen.

Die Arbeitsfront hatte versucht, in den Leipziger Druckereien Plaketten zu verkaufen, die als Eintrittskarte für diese Ley-Kundgebung gelten sollten. Es wurden aber so wenig Plaketten gekauft, dass die Betriebsleitungen -- um ein Eingreifen der Gestapo zu vermeiden -- überein kamen, den Arbeitern diese Plaketten zu schenken. Sie verlangten aber als Gegenleistung, dass die Belegschaften zu dieser Ley-Kundgebung am Sonntag geschlossen antraten, und drohten den Fernbleibenden mit Massregelung.

Einseitige Bindung.

(ITF) Durch die Häufung der Befestigungsbauten fehlt es im Dritten Reich an Maurern und geübten Zementarbeitern. Einzelne Unternehmer suchten sich daher die Facharbeiter, ohne die sie die einträglichen Staatsaufträge nicht durchführen können, der Konkurrenz wegzuzugieren. Den Maurern war dadurch gelegentlich die Möglichkeit gegeben, sich auf einer anderen Baustelle oft nicht unerheblich zu verbessern. Um diese Möglichkeiten zu beschränken, wurde jetzt durch die neue Reichstarifordnung für die deutschen Bauarbeiter eine dreitägige Kündigungsfrist eingeführt. Selbst die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, "Der Angriff", erklärt, dass "bei der jetzt herrschenden Arbeitshäufung im Baugewerbe die Kündigungsfrist für das Gefolgschaftsmitglied keinen

besonderen Vorteil bedeutet" (Nr. 286 vom 5. Dezember). Für die deutschen Bauarbeiter bedeutet diese Kündigungsfrist eine einseitige Bindung, denn im Dritten Reich kann der Unternehmer jederzeit jeden Arbeiter ohne Rücksicht auf die Kündigungsvorschriften unter nichtigem Vorwand fristlos entlassen.

Die Werkscharen - eine Spitzel-
 =====
 und Terrororganisation.
 =====

(ITF) Bis zum Regierungsantritt Hitlers war es den Nationalsozialisten nicht gelungen, in den deutschen Betrieben festen Fuss zu fassen. Noch Ende April 1933 hatte die National-

sozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) -- nach eigenem Zeugnis -- erst 500 000 Mitglieder und ein grosser Teil dieser Mitglieder bestand aus Arbeitern öffentlicher Betriebe, denen nach dem 30. Januar versprochen worden war, dass die rechtzeitig erworbene Mitgliedskarte ihnen den Arbeitsplatz sichere. Auch nach der Zerschlagung der Gewerkschaften konnte die NSBO, die "SA der Betriebe", keine nennenswerten Fortschritte machen; die Nationalsozialisten konnten die Arbeiter und Angestellten wohl in ihre Zwangsorganisationen pressen, aber sie wussten genau, dass sie den inneren Widerstand damit nicht überwunden hatten. Die "weltanschaulichen" Propagandavorträge der Naziredner fanden erst dann ein grösseres Publikum, als ihr Besuch durch Kontrollkarten erzwungen wurde. Nach 1 1/2 Jahren vergeblicher Bemühungen versuchten die Nationalsozialisten Ende 1934 auf eine charakteristische Art, in den Betrieben festen Fuss zu fassen. Aus den Reihen der Fahrkartenverkäufer des Reisebüros "Kraft durch Freude" wurden (im November 1934) Stosstrupps für "Brauchtum der Arbeit" gebildet. Von den "weltanschaulichen" Kernstrupps der Jungen zwischen 18 und 25 Jahren" sollte "die seelische und kulturelle Formung des Arbeitslebens" ausgehen (Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront vom 14. November 1934). Die Stosstrupps für "Brauchtum der Arbeit" aber wurden in den Betrieben nicht ernst genommen, die erhoffte Wirkung blieb aus. Anfang 1935 wurden diese Gruppen aufgelöst. Ihre Aufgabe sollte von "Werkscharen", Jungarbeitern, die "fanatische Verkünder der Botschaft Adolf Hitlers an den Arbeitsplätzen" sein sollten, übernommen werden. Da aber in den Betrieben nicht genug überzeugte Nationalsozialisten gefunden wurden -- die nationalsozialistischen Jugend-Betriebszellen wurden wegen klassenkämpferischer Neigungen schon im Herbst 1933 aufgelöst und die NSBO systematisch entmachtete --, wurden wahllos Jungarbeiter in diese Gruppen kommandiert. Die Zusammensetzung der Werkscharen wurde den Nationalsozialisten jedoch bald verdächtig. Sie verboten (im Januar 1936) die Zusammenfassung der Werkscharen der verschiedenen Betriebe und setzten als Werkscharleiter zuverlässige SA-Leute ein. Da die "Eroberung der Seele der Arbeiter" nicht glückte, sollte der Apparat zur Niederhaltung der Arbeiter verstärkt werden.

Mit dem üblichen Druck begann die SA ihre Rekrutierung: im Mai 1936 wurden 100 000 Werkscharenmitglieder gezählt, im Juli bereits 200 000 Mann in 2 000 Werkscharen. Etwa 100 000 dieser Werkscharenmitglieder waren uniformiert. Die Uniformen mussten die Werkscharenmitglieder oder die Belegschaft bezahlen. "In allen Teilen des Reiches haben Betriebe wöchentlich eine Stunde länger gearbeitet und diesen Verdienst für die Kleiderkasse ihrer Werkschar zur Verfügung gestellt" ("Angriff" Nr. 177 vom 30. Juli 1936). Selbst die Tageszeitung der Arbeitsfront wagt nicht zu behaupten, dass diese "Spenden" freiwillig waren.

Diese 200 000 Mann waren unter allen möglichen Vorwänden gepresst worden. Und als die NSDAP immer offener dazu überging, diese "Werkscharen" des Vergnügungsvereins "Kraft durch Freude" zur Bespitzelung und Terrorisierung der Arbeiter einzusetzen, stiessen die Nationalsozialisten bei den Werkscharenmitgliedern auf Widerstand. "Von den seinerzeit bestehenden Werkscharen" musste "die Hälfte wieder ausgeschieden" werden! Heute haben die Werkscharen nur noch "einen Personalstand von 90 000 Mann" ("Angriff" Nr. 278 vom 26. November). Aber der SA, die heute praktisch nur noch mit Lumpensammeln, Betteln, Gymnastikvorführungen und Paradieren beschäftigt wird, wurde vereinbart, dass die Werkscharen rasch durch SA-Männer aufgefüllt werden. "Das Werkschar-Führerkorps besteht bereits heute zu 80% aus SA-Führern". Diese sollen die Werkscharen bis Ende 1937 auf eine Stärke von 6-700 000 Mann auffüllen. Die Werkscharen der einzelnen Betriebe werden dem Kommando des zuständigen SA-Sturmabteils unterstellt, die Werkscharen können jetzt also auch in anderen Betrieben eingesetzt werden. (Angriff Nr. 286 vom 5. Dezember). Mit dieser Truppe hofft die Arbeitsfront jeden Widerstand in den Betrieben so lange niederhalten zu können, bis

die Terrorgruppen der SS und der Polizei eintreffen. Ob ihr das gelingen wird oder ob den Werkscharen das gleiche Schicksal bevorsteht wie der NSBO, der ersten "SA der Betriebe", steht auf einem andern Blatt. Die Geheime Staatspolizei hält die Werkscharen nach wie vor für unzuverlässig und baut ihr eigenes Betriebsspitzelnetz systematisch weiter aus.

Ein Beschluss der SAI und des IGB.

Am 4. und 5. Dezember 1936

=====
Gegen die Belieferung der Aufständischen! Gegen die Zerstörung
Madrids!

fand in Paris eine gemeinsame Tagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Sie war auf Verlangen des spanischen

Gewerkschaftsbundes einberufen worden. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Der I.G.B. und die S.A.I., auf Wunsch des spanischen Gewerkschaftsbundes zu gemeinsamer Tagung versammelt, haben die Vertreter der spanischen Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei Spaniens gehört und nehmen Kenntnis von den Bemühungen, die in den verschiedenen Ländern unternommen worden sind, um ihre früheren Beschlüsse durchzuführen, die sie hiermit bestätigen.

Sie grüssen mit Freude und Bewunderung die heldenmütigen spanischen Arbeiter und die Genossen der Internationalen Kolonne, die den Feind vor Madrid zurückgeschlagen haben. Madrid ist dadurch zu einem glorreichen Symbol des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen den internationalen Faschismus geworden.

Sie protestieren mit tiefster Empörung gegen die Greuel, die die Faschisten verüben, die, weil sie nicht mehr hoffen können, Madrid zu erobern, es mit Brandbomben zerstören wollen und Frauen und Kinder töten.

Sie wenden sich gegen die immer stärkero und immer frechere Unterstützung, die die faschistischen Mächte unter Verletzung des Völkerrechts den aufständischen Generälen gewähren und insbesondere gegen die Anwesenheit einer immer grösseren Zahl deutscher und italienischer Soldaten in Spanien.

Angesichts dieser alarmierenden Tatsachen

wiederholen die beiden Internationalen, dass keine Rede davon sein kann, die rechtmässige Regierung der spanischen Republik mit den blutigen Banden der meineidigen Generäle auf die gleiche Stufe zu stellen und dass die Regierung vollauf berechtigt ist, alle zu ihrer Verteidigung erforderlichen Mittel zu erhalten.

Sie sind der Ansicht, dass es im gegenwärtigen Augenblick vor allem darauf ankommt, alle Anstrengungen darauf zu richten, die Verstärkung der spanischen Aufständischen mit Waffen und Menschen durch die ausländischen Faschisten zu verhindern.

Sie fordern die dem I.G.B. und der S.A.I. angeschlossenen Arbeiterorganisationen auf, ihre Wachsamkeit zu verdoppeln, um mit allen geeigneten Mitteln die Belieferung der Aufständischen zu verhindern und zu diesem Zweck in allen Ländern Koordinationskomitees einzusetzen.

Sie bestehen darauf, dass die Regierungen dem internationalen Skandal ein Ende machen, dass Franco weiterhin die Mehrzahl der Söldner; die er gegen das spanische Volk schickt, in Marokko wirbt, also in einem Gebiet, das in gewissem Masse unter internationaler Kontrolle steht.

Sie betonen angesichts der Verletzung des anerkannten Völkerrechts durch die faschistischen Regierungen, dass es die Pflicht des Völkerbundsrats ist, sobald er auf Grund der Beschwerde Spaniens zusammentritt, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, die geeignet sind, den Frieden unter den Völkern wirksam wiederherzustellen.

Sie erklären, dass die Erhaltung des Friedens, die das oberste Interesse der Arbeitermassen aller Länder ist und daher an der Spitze der Aufgaben der Regierungen steht, die von Sozialisten geleitet werden oder an denen Sozialisten teilnehmen, nicht gesichert werden kann, wenn nicht die Demokratie gegenüber den Erpressungen und den Drohungen des Faschismus eine entschlossene Haltung einnimmt.

Die beiden Internationalen rufen den Arbeitern und den Friedensfreunden aller Länder zu:

Sie Schlacht für die Freiheit, die Demokratie und den Frieden der ganzen Welt wird heute in Spanien geschlagen.
Unser aller Grösstes, die heldenharten Kämpfer von Madrid gegen den mörderischen Ansturm des internationalen Faschismus/verteidigen!

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Schacht muss nachgeben.

=====

(ITF) Die deutschen Rheinschiffer haben einen für die Verhältnisse im Dritten Reich beachtlichen Erfolg

erzielt. Das Dritte Reich, das alle verfügbaren Devisen für die Einfuhr von Kriegsrohstoffen, für Auslandspropaganda und Unterstützung der spanischen Generäle verwendet, hatte verboten, dass den deutschen Binnenschiffern für die Verpflegung im Ausland ausreichende Summen in der Landeswährung zur Verfügung gestellt werden. Ein lediger Rheinschiffer erhielt bisher nur 75 Cents, ein Verheirateter, dessen Frau an Bord war, fl. 1,25, wenn sich noch ein Kind an Bord befand, fl. 1,55 pro Tag. Mit dieser Summe kann ein Mann, bei der schweren Arbeit und der endlos langen Arbeitszeit auf deutschen Rheinschiffen (12 Stunden sind zurzeit die Regel!) unmöglich auskommen. Es hagelte Proteste bei allen nur möglichen Instanzen. Der Arbeitsfront, die immer wieder "Kanonen statt Butter" predigte, gelang es nicht, die Rheinschiffer zu beruhigen. In den letzten Wochen weigerte sich das Personal einzelner Boote ins Ausland zu fahren. Verhaftungen nützten nichts, und auch die Androhung des Konzentrationslagers machte keinen Eindruck, denn die eingearbeiteten Rheinschiffer sind zur Zeit nicht zu ersetzen. Da über den Rhein ein erheblicher Teil der deutschen Rüstungsrohstoffe transportiert wird, sah sich die Diktatur deshalb zum Nachgeben gezwungen und erhöhte die Sätze für die Devisenauszahlungen um 25%. Ledige erhalten jetzt pro Tag und Kopf im Ausland einen Gulden, Verheiratete, wenn die Frau an Bord ist, fl. 1,50.

Für diese 25 Cent können sie dem Franco keine Patrone kaufen, sagen die Rheinschiffer...

Erbitterung im Hamburger Hafen.

=====

(ITF) Die Hamburger Hafenunternehmer haben angeordnet, dass den ca. 7500 unständig beschäftigten Hafentar-

tern der Lohn nicht mehr sofort ausgezahlt wird. Bisher erhielt der unständig beschäftigte Hafentarbeiter seinen Lohnzettel unmittelbar nach Schichtschluss, er konnte ihn sofort oder am nächsten Tage einlösen. Jetzt ist es anders. Die vom Freitag bis zum Donnerstag der nächsten Woche verdiente Lohnzettel werden am Donnerstag oder Freitag abgegeben. Dieses verdiente Geld wird aber erst am nächsten Donnerstag ausgezahlt. Der Hafentarbeiter erhält sein Geld erst eine volle Woche später. Die Hafentarunternehmer sparen die Bankzinsen für etwa 1/4 Million RM und konnten das Personal der Lohnbuchhaltung verringern.

Als (Ende Juli) plötzlich diese Veränderung des Lohnzahlungstermins mitgeteilt wurde, kam es im Hamburger Hafen zu erregten Szenen. Die Vertreter der Arbeitsfront, die diese Massnahme der Unternehmer als "soziale Tat" priesen, da jetzt die Hafentarbeiter aus dem Pumpen herauskommen könnten, wurden beiseite geschoben. Auf dem Arbeitsnachweis, auf dem Kais und auf den Schiffen wurde erregt diskutiert. Die Hafentarbeiter verlangten energisch einen Vorschuss in Höhe eines Wochenverdienstes, und die Unternehmer, die nicht mit einem so starken Widerstand gerechnet hatten, mussten nachgeben und liessen Vorschüsse bis zu RM 35.-- auszahlen.

Dieser Vorschuss wird den Hafentararbeitern jetzt in Raten von 1 bis 2 RM wieder abgezogen. Da die Geldlöhne im Hamburger Hafen seit 1933 stabil blieben, trotzdem die Preise in Hamburg um rund 25% stiegen, kam bisher schon kaum ein Hafentararbeiter mit seinem Lohn aus. Durch die von den Unternehmern diktierte Umstellung der Lohnzahlung, durch die "schlecht wirtschaftende" Hafentararbeiter aus der "Schuld knechtschaft" befreit werden sollten, mussten alle Hafentararbeiter Schulden machen. Denn der schmale Verdienst verringerte sich nicht nur um den zurückzahlenden Betrag. Bei der wöchentlichen Auszahlung der Schichtverdienste werden die bisher steuerfreien Restbeträge der einzelnen Schichtverdienste zusammengezählt. Die Hafentararbeiter kamen daher meist, trotzdem sie keinen Pfennig mehr erhalten, in eine höhere Steuerklasse. Die Abzüge für die Steuer und die Sozialversicherung stiegen und da zum Überfluss auch noch (seit dem 1. August) der Beitrag für die verachtete Arbeitsfront vom Lohn abgezogen wird, hat sich der den Hafentararbeitern ausbezahlte Lohn weiter verringert.